

Finanzierung und Förderung | Finanzierung

# Internationale Risiken für Unternehmen

vbw

Studie

Stand: Mai 2026

Eine vbw Studie, erstellt vom Institut der deutschen Wirtschaft

Die bayerische Wirtschaft



Hinweis

Zitate aus dieser Publikation sind unter Angabe der Quelle zulässig.

## Risiken für Unternehmen nehmen weiter zu

Hausgemachte Risiken eindämmen, um globalen Risiken besser begegnen zu können

Seit 2019 untersuchen wir, wie hoch bayerische Unternehmen verschiedene für sie relevante Risiken einschätzen. Seit 2025 nimmt die Untersuchung ganz Deutschland in den Blick.

Unsere Ergebnisse zeigen, dass aus Sicht der Unternehmen die Risiken in den letzten Jahren laufend zugenommen haben. Das gilt auch für das Jahr 2026. Die Unternehmen verbinden fast alle 18 in der Studie abgefragten Parameter öfter mit einem hohen Risiko als noch vor einem Jahr.

Trotz steigender internationaler und geopolitischer Risiken sind es vor allem hausgemachte Schwächen des Standorts Deutschland, die die Risikolage der heimischen Unternehmen auffallend stark prägen. Das Problem: Diese hausgemachten Standortfaktoren haben laut Studie deutlich stärkere negative Auswirkungen auf Investitions- und Standortentscheidungen als internationale Risiken, von denen auch viele andere Länder betroffen sind.

Die Analyse zeigt weiter, dass die Risikowahrnehmung bayerischer Unternehmen im Vergleich zum Vorjahr besonders stark gestiegen ist. Die Studie deutet auch darauf hin, dass die aktuelle Risikolage Geschäftsmodelle sowie Investitions- und Standortentscheidungen bayerischer Unternehmen überdurchschnittlich herausfordert.

In ausgesprochen hohem Maß investitionshemmend wirken dabei hohe Arbeitskosten, Fachkräfte-Engpässe und teure Energie, gefolgt von hohen Unternehmensteuern und der Klima- und Umweltpolitik. Alle diese Risiken sind lokal verursacht. Die Schlussfolgerung daraus liegt auf der Hand: Wir müssen nationale Standortnachteile durch eine Politik, die die Wettbewerbsfähigkeit stärkt, konsequent abbauen. Das verringert nicht nur unmittelbar die selbst verschuldeten Risiken. Es ermöglicht den Unternehmen zugleich, die nicht direkt zu beeinflussenden globalen Risiken durch Gegenmaßnahmen abzufedern.

Bertram Brossardt  
06. Mai 2026



# Inhalt

<b>1</b>	<b>Zusammenfassung</b>	<b>1</b>
1.1	Risikolage durch Geopolitik und Unsicherheit geprägt	1
1.2	Risikoeinschätzung Deutschland und Bayern im Zeitvergleich	1
1.3	Gegenmaßnahmen im Zeitvergleich	3
1.4	Einfluss auf Standort und Investitionen	3
<b>2</b>	<b>Allgemeine Entwicklung der Risikolage</b>	<b>5</b>
<b>3</b>	<b>Risikoeinschätzung der Unternehmen</b>	<b>8</b>
3.1	Risikoeinschätzung Deutschland und Bayern	9
3.2	Zeitvergleich (hohes Risiko)	11
3.3	Risikoeinschätzung und Gegenmaßnahmen	13
3.4	Vergleich der Unternehmenskategorien	18
<b>4</b>	<b>Standort- und Investitionsentscheidungen</b>	<b>20</b>
4.1	Einfluss der Risikofaktoren in Deutschland und Bayern	20
4.2	Unterkategorien der Standort- bzw. Investitionsrelevanz	23
4.3	Vergleich der Unternehmenskategorien	25
	Literaturverzeichnis	27
	Ansprechpartner/Impressum	28

# 1 Zusammenfassung

Trotz zunehmender globaler Krisen prägen lokale Herausforderungen die Risikowahrnehmung

## 1.1 Risikolage durch Geopolitik und Unsicherheit geprägt

Das Risikoumfeld 2026 ist noch komplexer geworden. Gegenwind für die deutschen und bayerischen Unternehmen entsteht durch historisch hohe US-Zölle, massive Subventionen und chinesische Exportkontrollen – der internationale Wettbewerb war noch nie so **protektionistisch** und **erratisch** geprägt. Die **US-Handelspolitik** untergräbt die multilaterale regelbasierte Weltordnung. Die Ereignisse in Venezuela, rund um Grönland und der vor kurzem ausgebrochene Iran-Krieg rücken geopolitische Risiken in den Vordergrund. **Kriege und bewaffnete Konflikte** erhöhen die Unsicherheit für die heimischen Unternehmen. In der Folge kommt es zu Verwerfungen an den globalen Finanzmärkten, zu steigenden Finanzierungskosten der Staaten und Unternehmen sowie zu erschwerten Investitionsbedingungen. Zudem wird die **deutsche Standortpolitik** zunehmend zum hausgemachten Risiko, weil die **internationale Wettbewerbsfähigkeit** der Unternehmen durch die – im internationalen Vergleich – hohen Kosten geschwächt wird und überbordende Bürokratie unternehmerisches Handeln hemmt.

## 1.2 Risikoeinschätzung Deutschland und Bayern im Zeitvergleich

Die diesjährige Umfrage zeigt als zentrales Ergebnis: Die Risikowahrnehmung der Unternehmen hat im Vorjahresvergleich klar zugenommen. Deutlich gestiegen ist die Risikowahrnehmung bei **geopolitischen Risiken**. Sie ist deutschlandweit um zehn, in Bayern sogar um zwölf Prozentpunkte gestiegen und erreichte damit noch vor dem Ausbruch des Iran-Kriegs im Zeitvergleich einen Höchststand. Fast jedes dritte Unternehmen sieht in diesem Jahr hier ein hohes Risiko. Dahinter dürfte vor allem die unberechenbare Politik der US-Regierung stehen. Auch einen **Ausfall kritischer Infrastruktur** schätzen in diesem Jahr mehr Unternehmen als hohes Risiko ein als im Vorjahr. In Deutschland zeigt sich ein Anstieg um acht Prozentpunkte auf den bisher höchsten gemessenen Anteil von 50 Prozent. In Bayern steigt der Wert sogar sprunghaft um 15 Prozentpunkte auf 55 Prozent, ein Höchststand seit 2021. Eine Erklärung könnten zunehmende Sabotageakte und Ausspähaktionen sein. In Deutschland wie in Bayern zeigt sich außerdem ein deutlicher Anstieg der Risikoeinschätzung bei den Themen **Arbeitskosten** und **Cyber-Kriminalität**. Jedes zweite deutsche und bayerische Unternehmen sieht in diesem Jahr bei Cyber-Kriminalität ein hohes Risiko.

Bei den **globalen Risiken** schätzen die deutschen und bayerischen Unternehmen die hohen Risiken im Durchschnitt relativ ähnlich ein. Bei den **lokalen Risikofaktoren**, die beide insgesamt kritischer einschätzen, gibt es vereinzelt Unterschiede. So sehen 42 Prozent der bayerischen Unternehmen beim Thema Arbeitskosten ein hohes Risiko. In Deutschland sind es

## Zusammenfassung

mit 55 Prozent deutlich mehr. Beim Thema Fachkräfte-Engpässe sieht jedes dritte bayerische Unternehmen ein hohes Risiko, in Deutschland ist es jedes zweite Unternehmen. Sowohl in Deutschland als auch in Bayern ist die hohe Risikowahrnehmung nur bei drei Themen leicht zurückgegangen: Bürokratie/Compliance, Klima-/Umweltpolitik und Rohstoffverfügbarkeit. Augenscheinlich hat sich mit den Omnibus-Gesetzgebungen auf europäischer Ebene und dem Regierungswechsel auf nationaler Ebene bei den Unternehmen etwas Hoffnung auf Reformen eingestellt.

Die oben genannten Werte beziehen sich jeweils nur auf die besonders *hohen* Risiken. Wichtig ist aber auch, wie viele Unternehmen bei den entsprechenden Faktoren überhaupt ein Risiko wahrnehmen (**Gesamtrisiko**, hohes und „einfaches“ Risiko kumuliert). So sehen 85 Prozent der deutschen Unternehmen Risiken beim Thema Cyber-Kriminalität, gefolgt von Pandemien (75 Prozent). An dritter Stelle stehen geopolitische Risiken mit 70 Prozent vor Finanzmarkturbulenzen. Bei den lokalen Risiken dominieren drei Themen mit Nennungen von über 80 Prozent: Fachkräfte-Engpässe (86 Prozent), gefolgt von Bürokratie/Compliance und dem Ausfall kritischer Infrastruktur. Auffällig sind im Vergleich zum Vorjahr insbesondere die Zunahmen bei den lokalen Risiken Energiekosten, Fachkräfte-Engpässe und dem Ausfall kritischer Infrastruktur. Bei den globalen Risiken betreffen die Zunahmen vor allem unmittelbare Klimarisiken und geopolitische Risiken.

Insgesamt zeigt die diesjährige Umfrage unter deutschen und bayerischen Unternehmen eine **verschärfte Risikolage mit Verfestigungen bei den Standortproblemen**. In der Durchschnittsbetrachtung werden lokale Risiken gravierender als globale Risiken eingeschätzt. Das bestätigt sich, wenn **verschiedene Unternehmenskategorien** (Größe, Internationalisierungsgrad und Branche) gesondert betrachtet werden. Bei den lokalen Risiken mit Kostenrelevanz sehen alle Unternehmenstypen ein hohes Risiko mit Anteilswerten von über 40 Prozent.

Wie in den Vorjahren zeigen sich die Großunternehmen in Deutschland bei globalen und lokalen Risiken am sensibelsten. Sie schätzen fast alle Risikofaktoren höher ein als kleine und mittlere Unternehmen (KMU). Ausnahmen sind Pandemien, Finanzmarkturbulenzen und Unternehmensteuern. Beim Vergleich des Verarbeitenden Gewerbes (VG) mit unternehmensnahen Dienstleistern (UDL) in Deutschland zeigen sich signifikante Unterschiede. Die erste Gruppe sieht hohe Risiken vor allem bei Standortthemen wie Bürokratie/Compliance (57 versus 42 Prozent) und Unternehmensteuern (50 versus 37 Prozent). Dagegen sind unternehmensnahe Dienstleister deutlich risikosensibler bei Cyber-Kriminalität (53 versus 36 Prozent), Arbeitskosten (56 versus 48 Prozent) und Ausfall kritischer Infrastruktur (52 versus 41 Prozent). Bei den globalen Risiken ergibt sich der größte Unterschied beim Thema Konkurrenzdruck aus China. Hier erreicht das Verarbeitende Gewerbe 28 Prozent; unternehmensnahe Dienstleister liegen bei nur drei Prozent. Schaut man auf den Internationalisierungsgrad der Unternehmen, so zeigt sich erneut die durchgängige Relevanz der Standortproblematik. Sowohl stark internationalisierte Unternehmen als auch nicht internationalisierte Unternehmen bewerten lokale Risiken mit durchschnittlich 37 bis 39 Prozent deutlich öfter als hoch als globale Risiken.

### 1.3 Gegenmaßnahmen im Zeitvergleich

Neben der Risikowahrnehmung wurden die Unternehmen auch nach dem Ausmaß eigener Gegenmaßnahmen gefragt. Wenn die **gesamten Gegenmaßnahmen** deutlich geringer ausfallen als die gesamte Risikowahrnehmung, drohen bei Eintritt des Risikos möglicherweise hohe Schäden. Eine solche Konstellation zeigt sich in Deutschland bei den Risikofaktoren Protektionismus, Konkurrenzdruck aus China oder geopolitische Risiken. Das sind allesamt globale Risiken, bei denen Unternehmen nur im begrenzten Umfang gegensteuern können. Hier liegt der kombinierte Anteil aus dauerhaften/strategischen und vorübergehenden Gegenmaßnahmen unter 20 Prozent. In Bayern sieht es ähnlich aus. Unterschiede zwischen Deutschland und Bayern zeigen sich bei den lokalen Risiken. In Bayern liegen die kumulierten Gegenmaßnahmen bei Unternehmensteuern, Klima-/Umweltpolitik oder dem Thema Bürokratie-/Compliance höher als im Deutschland-Panel.

Die Gesamtschau der Gegenmaßnahmen im **Zeitvergleich** zeigt, dass bei zehn von 18 Risikofaktoren mehr bayerische Unternehmen Gegenmaßnahmen durchführen als noch 2025. Am stärksten betrifft das die Risiken Bürokratie/Compliance sowie Konkurrenzdruck aus China. Auf nur vier Feldern nehmen hier Gegenmaßnahmen ab, am stärksten bei unmittelbaren Klimarisiken. In Deutschland dagegen ist die Entwicklung auf 13 von 18 Feldern rückläufig, in erster Linie ausgerechnet bei Bürokratie/Compliance. Besonders kritisch erscheint es im Deutschland-Panel allerdings, dass bei Arbeitskosten und geopolitischen Risiken die Risikoeinschätzung gestiegen, die Vorsorge aber gesunken ist.

### 1.4 Einfluss auf Standort und Investitionen

Angesichts fortschreitender Deindustrialisierung, Insolvenzwellen und der Gefahr weiterer Abwanderung aus Deutschland wurde in diesem Jahr erneut danach gefragt, ob die einzelnen Risikofaktoren **Standort- oder Investitionsrelevanz** haben. Wenn Unternehmen diese bejahen, wurde nach dem Einfluss der 18 Risikofaktoren auf drei weitere Unterkategorien abgefragt: **Geschäftsmodell, Investitionshemmnis und Auslandsverlagerung**.

Besondere Standort- und Investitionsrelevanz hat in Deutschland der Risikofaktor Fachkräfte-Engpässe mit einem Anteil von 39 Prozent. Auch weitere **lokale Risikofaktoren mit Kostenrelevanz** schneiden hier schlecht ab: Weit mehr als ein Drittel der befragten deutschen Unternehmen sehen bei den Arbeits- und Energiekosten einen Einfluss auf Standort- und Investitionsentscheidungen. Beim Faktor Bürokratie/Compliance konstatieren deutschlandweit immer noch 29 Prozent der Unternehmen einen Einfluss, genau wie beim Faktor Klima-/Umweltpolitik am Standort. Bei den **globalen Risiken** sind die Antwortanteile mit Blick auf die Standort- und Investitionsrelevanz durchweg niedriger als bei den lokalen Risiken. Die höchsten Anteile entfallen hier auf die Finanzmarkturbulenzen (28 Prozent) und die Cyber-Kriminalität (26 Prozent). Die größten Zuwächse bei der Standort- und Investitionsrelevanz finden sich im Vorjahresvergleich bei den Themen geopolitische Risiken, Cyber-Kriminalität oder Pandemien. Da andere Risikofaktoren an Relevanz verloren haben, beispielsweise Standortnachteile bei Digitalisierung, wird der Einfluss der 18 Risikofaktoren im Durchschnitt ähnlich bewertet wie im Vorjahr. Das ist in Bayern

## Zusammenfassung

anders. Hier hat der Einfluss bei 17 von 18 Risikofaktoren im Vergleich zu 2025 deutlich zugenommen. Lediglich beim Thema Finanzmarkturbulenzen bleibt der Wert mit 22 Prozent unverändert zum Vorjahr. Die mit Abstand größte Relevanz für Standort- und Investitionsentscheidungen haben Arbeitskosten (36 Prozent) und Fachkräfte-Engpässe (33 Prozent).

Die Befragungsergebnisse legen eine besonders ungünstige Konstellation bei den Unterkategorien offen: zugleich hohe Antwortanteile bei **Geschäftsmodell und Investitionshemmnis**. Bei einer Gefährdung des Geschäftsmodells lassen sich die Probleme oft nur über Innovationen beherrschen. Dafür sind Investitionen nötig. Wenn der entsprechende Risikofaktor aber zugleich als hohes Investitionshemmnis gesehen wird, gelingt die Anpassung möglicherweise nicht. Das trifft in Deutschland auf das Thema Arbeitskosten zu. Hier sagen 26 Prozent der Unternehmen, dass sie dadurch ihr Geschäftsmodell infrage gestellt sehen, und gleichzeitig sehen 28 Prozent darin ein Investitionshemmnis. Sieben Prozent verlagern deshalb ihre Produktion ins Ausland. Hier wird die besondere Standortproblematik deutlich, auch weil bei allen drei Unterkategorien die Antwortanteile im Vergleich zu 2025 zugenommen haben. Ähnlich hohe Werte ergeben sich beim Thema Fachkräfte-Engpässe und beim globalen Risiko Finanzmarkturbulenzen. Beim letztgenannten Aspekt weisen ebenfalls alle drei Unterkategorien höhere Anteilswerte als im Vorjahr auf. In Bayern trifft das dieselben lokalen Risiken, hinzu kommen hier aber noch die Risikofaktoren Energiekosten und Bürokratie/Compliance. Beim Energiethema sehen beispielsweise 20 Prozent der bayerischen Unternehmen ihr Geschäftsmodell infrage gestellt und 18 Prozent ein Investitionshemmnis. Zwischen acht und neun Prozent sagen, dass sie auch eine Auslandsverlagerung hier in Betracht ziehen.

Im Vergleich der **sechs Unternehmenskategorien** fallen vor allem zwei Punkte auf: Erstens, Großunternehmen reagieren auf die Risikofaktoren auch mit Blick auf Standort- und Investitionsentscheidungen am sensibelsten. Bei den lokalen Risiken sehen bei acht von neun Risikofaktoren mehr als 30 Prozent der Großunternehmen einen Einfluss. Auch die globalen Risiken Lieferkettenprobleme und Rohstoffverfügbarkeit sehen sie deutlich kritischer als die anderen fünf Unternehmenskategorien. Zweitens, über alle sechs Unternehmenstypen hinweg gibt es überhaupt nur drei globale Risikofaktoren, bei denen der Anteil bei zehn Prozent oder weniger liegt.

## 2 Allgemeine Entwicklung der Risikolage

### Risikolage durch US-Handelspolitik, bewaffnete Konflikte sowie anhaltende Standortprobleme geprägt

Das Risikoumfeld ist im Jahr 2026 noch komplexer und undurchsichtiger geworden. Zölle, massive Subventionen oder Exportbeschränkungen – der internationale Wettbewerb war noch nie so unfair. Die US-Handelszölle haben einen historischen Höchststand erreicht (Obst und Kolev-Schaefer, 2025). Sie stellen einen Epochenbruch dar und untergraben die multilaterale regelbasierte Weltordnung. US-Präsident Trump sät durch die wiederkehrenden Zolldrohungen zudem immer neue Unsicherheit. Auch die zeitweise verschärften Exportkontrollen Chinas bei Seltenen Erden zeigen: Der Einsatz wirtschaftlicher Waffen zur Erlangung geopolitischer Ziele ist kein Tabu mehr – und macht betriebliche Kalküle für die bayerischen und deutschen Unternehmen immer schwieriger. Sinkendes Vertrauen, abnehmende Achtung der Rechtsstaatlichkeit sowie verstärkter Protektionismus bedrohen langjährige internationale Beziehungen, Handel und Investitionen. In diesem schwierigen Umfeld strebt die Europäische Union (EU) mit Nachdruck danach, ihre Handelsbeziehungen zu diversifizieren, unter anderem, um die Rohstoffverfügbarkeit zu verbessern. Erste Erfolge in Freihandelsabkommen mit dem MERCOSUR, Indien und Australien zeigen, dass Lösungsmöglichkeiten bestehen, wenn die Rahmenbedingungen politisch richtig entwickelt werden. Weiterhin hoher Handlungsbedarf besteht im europäischen Binnenmarkt dahingehend, nichttarifäre Handelshemmnisse abzubauen und Marktchancen zu schaffen.

Geoökonomische Konfrontationen und staatliche bewaffnete Konflikte gehören wie im Vorjahr zu den größten geopolitischen Risiken. Laut dem Global Risk Report (World Economic Forum, 2026), der jährlich im Rahmen des Weltwirtschaftsforums in Davos veröffentlicht wird, erwarten die Hälfte der dort befragten internationalen Führungskräfte für die nächsten zwei Jahre entweder turbulente oder stürmische Aussichten, lediglich ein Prozent rechnet mit ruhigen Aussichten. Nach Einschätzung der 1.300 noch vor dem Iran-Krieg befragten Experten aus Wissenschaft, Wirtschaft und Regierung ist Unsicherheit das bestimmende Thema in diesem Jahr. Desinformationen, Cyber-Security und mögliche negative Auswirkungen künstlicher Intelligenz (KI) als technologische Risiken werden ebenfalls hoch gewichtet. Gerade beim Thema KI bestehe die Gefahr, dass die EU zum Spielball der Großmächte USA und China werden könnte. Im Vergleich zum Vorjahr gab es eine deutliche Zunahme der Risikoeinschätzung hinsichtlich einer möglichen Rezession und das Platzen von Vermögensblasen am Aktienmarkt. Risiken wie Extremwetterereignisse werden 2026 erneut hoch eingeschätzt.

Die zunehmende Unsicherheit ist im Jahresverlauf 2025 an den globalen Finanzmärkten sichtbar geworden. Neben wiederkehrenden Finanzmarkturbulenzen, etwa in Form starker Kursschwankungen an den Aktienmärkten, zeigt sich die Verunsicherung sehr deutlich in einer Flucht in Sachwerte. Der Goldpreis erreichte zum Jahresanfang 2026 historische Höchststände. Parallel büßte der US-Dollar an Wert ein. Dazu dürfte beigetragen haben, dass der Preisdruck in den USA durch die Handelszölle weiter hoch bleibt.

Besorgniserregend sind zudem Einmischungen Trumps in die Unabhängigkeit der amerikanischen Notenbank, die den Status des US-Dollars als Weltreservewährung – eine Grundfesten des internationalen Finanzsystems – langfristig infrage stellen. Die von Trump propagierte Idee, die USA zum Kryptowährungsstandort der Welt zu machen, hatte zwischenzeitlich für eine deutliche Dynamik, beispielsweise beim Bitcoin, gesorgt. Im Zuge der schleichenden Schwächung des US-Dollars gibt es Diskussionen zur Rolle des Euro im internationalen Wettbewerb. Die Vollendung der Kapitalmarktunion oder die Einführung eines digitalen Euro könnten die Stellung des Euro verbessern.

Die Ereignisse in Venezuela, rund um Grönland und der ausgebrochene Iran-Krieg sind eindrückliche Erinnerungen daran, dass Geopolitik auch in diesem Jahr eine dominante Rolle spielen dürfte. Die damit verbundenen Eingriffe in den Welthandel führen zu Veränderungen, die die bayerische und deutsche Wirtschaft negativ zu spüren bekommen. Lieferketten und Absatzmärkte werden in starkem Maße in Mitleidenschaft gezogen. So haben die temporären Exportkontrollen Chinas auf Halbleiter im Jahr 2025 in der deutschen Industrie für Produktionsengpässe gesorgt. Aufgrund der höheren US-Zölle verringerten sich die deutschen Exporte in die USA bereits deutlich (Sultan, 2026). Das trifft Kernbranchen wie den Maschinenbau, Chemie oder die Autoindustrie. Gleichzeitig kam es im vergangenen Jahr dazu, dass chinesische Exporte von den USA nach Deutschland umgelenkt wurden und somit den Konkurrenzdruck in Europa erhöhen. Der seit mehr als vier Jahren andauernde Ukraine-Krieg hat außerdem zu einer Zunahme von Sabotageakten geführt. Somit rücken der Ausfall kritischer Infrastruktur und eine stabile Energieversorgung in den Fokus.

Die EU und ihre Mitgliedstaaten müssen unzweifelhaft mehr für ihre eigene Verteidigung aufwenden. In Deutschland führt dies zu einem kräftigen Anstieg der Großaufträge in der Industrie und birgt mittelfristig das Potenzial, neue Technologien und Verteidigungsgüter zu entwickeln. Gleichzeitig steigen die Anleiherenditen aufgrund der geopolitischen Lage. Das kürzlich verabschiedete Infrastruktur-Sondervermögen kann zwar einen konjunkturellen Impuls in Deutschland geben, ist aber auch mit inflationären sowie Refinanzierungsrisiken an den Finanzmärkten behaftet (Hüther und Obst, 2025). Bisher zeigen sich bei den geplanten Mehrausgaben des Bundes eher eine starke Konsumorientierung sowie eine Ausgliederung öffentlicher Investitionen aus dem Kernhaushalt. Vor allem hochverschuldete europäische Staaten geraten durch höhere Anleiherenditen zusätzlich unter Druck und suchen nach neuen Einnahmequellen, beispielsweise über höhere Steuern. So plant Spanien höhere Steuern auf hohe Einkommen sowie auf Banken. Die Debatte um die Erbschaftssteuer, die vor allem Betriebsvermögen von Familienunternehmen in Deutschland betreffen würde, zeigt auf, dass auch hierzulande Mehrbelastungen möglich sind.

Die hohe wirtschaftliche Unsicherheit hat hierzulande zu einer ausgeprägten Investitionskrise bei den deutschen Unternehmen beigetragen. Eine Umfrage unter 200 deutschen Mittelständlern zeigt, dass Handelskriege derzeit als größte potenzielle Gefahr eingestuft werden (Fröndhoff und Müller, 2025). Hinzu kommt die Konkurrenz aus Asien, die die Technologieführerschaft deutscher Unternehmen in Frage stellt. So prüfen – wie in den vergangenen beiden Jahren – viele Industrieunternehmen, Aktivitäten ganz oder teilweise ins Ausland zu verlagern. Zunehmend betrifft das neben der Fertigung auch Kernbereiche

wie Forschung und Entwicklung. Das führt zu einem signifikanten Stellenabbau in der deutschen Industrie und zum Verlust von Innovationspotenzial am Standort.

Ohnehin haben sich die Standortbedingungen in Deutschland in den letzten Jahren nachhaltig verschlechtert, wie die vorherigen vbw-Risikostudien (zuletzt vbw, 2025) gezeigt haben. Die externen Kostenschocks bei den Energiepreisen waren zwar weitestgehend überstanden, aber das Preisniveau war bis zuletzt wesentlich höher als vor der Energiekrise. Der Iran-Krieg birgt nun neue Unsicherheiten bei der Energieversorgung und führt kurzfristig zu einem Inflationsschub über ansteigende Öl- und Gaspreise. Kostentreibend wirken auch höhere Löhne und vor allem Lohnzusatzkosten (Hüther, Obst und Pimpertz, 2025), was sich in einer nach wie vor hohen Preissteigerungsrate der Dienstleistungen von über drei Prozent ausdrückt. Auch die Wettbewerbsfähigkeit von Industriegütern wird so belastet.

Die eigene Standortpolitik ist zunehmend zum hausgemachten Risiko für unternehmerisches Handeln geworden. Durchgreifende Reformen lassen weiter auf sich warten. Das hat auch zu einem zunehmenden Anstieg der Unternehmensinsolvenzen geführt, vor allem im Industriebereich (Obst und Röhl, 2025). Die Wirtschaftskrise erreicht mittlerweile den deutschen Arbeitsmarkt. Die Arbeitslosigkeit mit rund drei Millionen Personen liegt auf einem Zwölf-Jahres-Hoch. Auch im Frühjahr 2026 scheint es der Wirtschaftspolitik an Orientierung zu fehlen. Vor allem bei übergreifenden Sozialreformen zeigen sich große Widerstände. Insgesamt gibt es allen Anlass, die Entwicklung der Risikolage und der Anpassungsoptionen der Unternehmen weiter sorgfältig zu beobachten und in Deutschland standortpolitisch erheblich bessere Voraussetzungen zu schaffen.

## 3 Risikoeinschätzung der Unternehmen

### Risikolage deutlich verschärft, Verfestigungen bei den Standortproblemen

Für diese Studie wurde zwischen Anfang Januar und Ende Februar 2026 eine CATI-Telefonumfrage (Computer Assisted Telephone Interview) unter je rund 300 bayerischen Unternehmen und deutschen Unternehmen außerhalb Bayerns aus dem Industrie-Dienstleistungsverbund durchgeführt. Die Befragten wurden gebeten, zu einem Katalog von 18 möglichen Unsicherheitsfaktoren ihre Risikoeinschätzung, ihre Reaktionen auf die jeweiligen Risiken und die Relevanz der Risikofaktoren für Standort-/Investitionsentscheidungen anzugeben. Als Strukturvariablen wurden die Unternehmensgröße, die Branchenzugehörigkeit und der Internationalisierungsgrad der Unternehmen erfasst. Die Umfrage wurde vor Ausbruch des Iran-Kriegs abgeschlossen. Die Einschätzungen umfassen somit nicht die geopolitische Unsicherheit und die Energiepreisschocks, die dadurch entstanden sind.

Ähnliche vbw-Studien nur für Bayern wurden im Jahr 2019 und seit 2021 jährlich durchgeführt. Die diesjährige Studie vergleicht zum zweiten Mal nach 2025 die Risikowahrnehmung in Bayern mit derjenigen in Deutschland insgesamt. Seit dem vergangenen Jahr werden zudem Kostenfaktoren sowie Standortbedingungen ausdifferenziert. Dazu wurde separat nach Risiken durch die im internationalen Vergleich hohen Energie- und Arbeitskosten, Unternehmensteuern sowie Bürokratie und Compliance-Aufwand gefragt. Neu aufgenommen wurde im vergangenen Jahr zudem der Risikofaktor „Finanzierungsbedingungen am Standort“. Bei der Risikoeinschätzung gab es neben der Antwortmöglichkeit „hohes Risiko“ auch „Risiko“ oder „kein Risiko“ als Alternativen. Bei den Gegenmaßnahmen wurde unterschieden zwischen „dauerhaft/strategisch“, „vorübergehend“ und „keine Maßnahmen“. Die Reihung der Risikofaktoren orientiert sich in den Abbildungen der Studie grundsätzlich an der Bewertung „hohes Risiko“ für Deutschland. Lediglich in der ersten Abbildung, in der einmalig der Blick auf die Risiko-Summe aus besonders hohen und etwas allgemeiner wahrgenommenen Risiken gelenkt wird, ergibt sich eine etwas andere Reihenfolge der Risikofaktoren.

Neu in diesem Jahr ist die strukturelle Aufteilung in „globale“ und „lokale“ Risiken. Diese Kategorisierung wurde für alle Abbildungen konsistent durchgeführt und dient der besseren Übersichtlichkeit der Ergebnisse. Globale Risiken sind Faktoren, die von der deutschen Politik und Unternehmen nur in geringem Maße beeinflussbar sind, lokale Risiken hingegen sind von der deutschen Politik in stärkerem Maße beeinflussbar, wenngleich sie auch eine globale Dimension haben, weil sie wichtige Aspekte der internationalen Wettbewerbsfähigkeit ausmachen. Bei der Interpretation der Ergebnisse sollte beachtet werden, dass die Auswahl der befragten Unternehmen Industriefirmen und industriennahe Dienstleister umfasst, die strukturelle Unterschiede aufweisen. Das gilt etwa für unterschiedliche Abhängigkeiten von Energiekosten und Rohstoffen. Ebenfalls sollte bei der Einordnung der Ergebnisse bedacht werden, dass in der Gesamtbetrachtung große Industrieunternehmen weniger ins Gewicht fallen als die durch ihre Vielzahl dominierenden kleinen und mittleren Unternehmen (KMU).

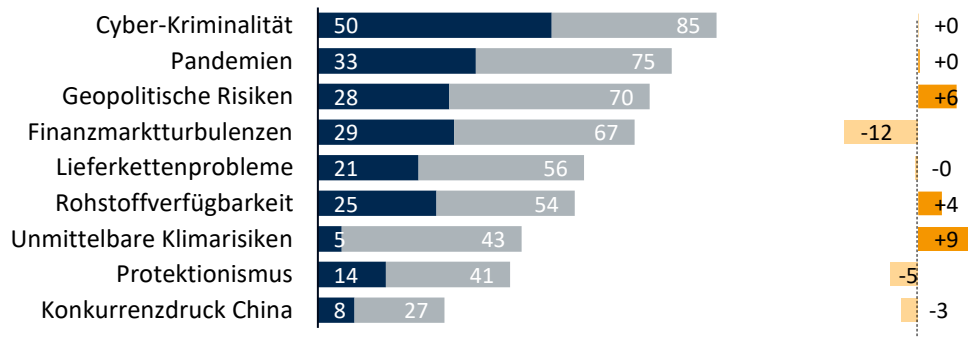
### 3.1 Risikoeinschätzung Deutschland und Bayern

Abbildung 1 zeigt zum Einstieg die Wahrnehmung besonders hoher Risiken und des Gesamtrisikos in Deutschland im Jahr 2026 mit Vergleich zu 2025. Das Gesamtrisiko wird dabei aus der Summe der Antwortanteile „hohes Risiko“ und „Risiko“ gebildet. Die Rangfolge folgt dem Gesamtrisiko. Bei den globalen Risiken steht Cyber-Kriminalität mit 85 Prozent an erster Stelle, gefolgt von Pandemien mit 75 Prozent und geopolitischen Risiken mit 70 Prozent. Auffällig ist der Anstieg um sechs Prozentpunkte bei geopolitischen Risiken und neun Prozentpunkte bei unmittelbaren Klimarisiken im Vergleich zum Vorjahr. Die Themen Finanzmarkturbulenzen, Protektionismus und Konkurrenzdruck aus China sind in der Risikowahrnehmung insgesamt zurückgegangen. Das Gesamtrisiko liegt beim Thema Finanzmarkturbulenzen mit 67 Prozent aber immer noch recht hoch.

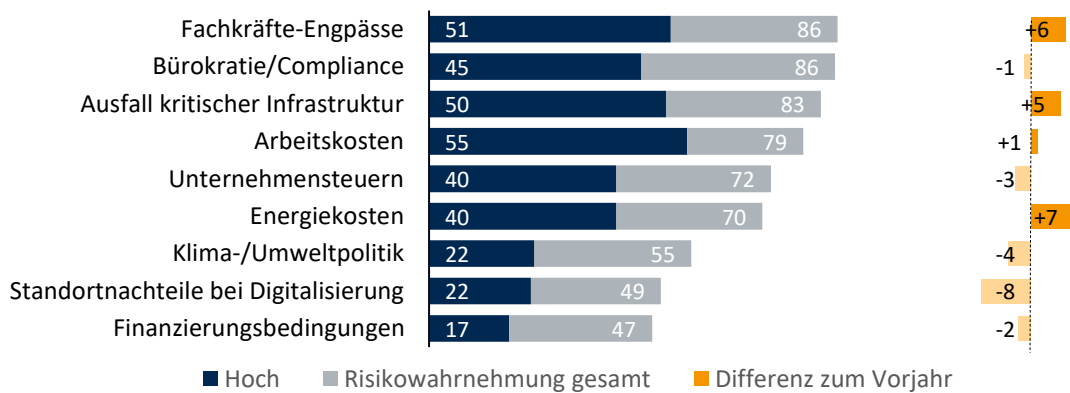
Abbildung 1  
Gesamtrisiko in Deutschland und Vorjahresvergleich

Anteil Antworten „hohes Risiko“ und „Gesamtrisiko“ in Prozent. Differenz zum Vorjahr in Prozentpunkten für Gesamtrisiko.

#### Globale Risiken



#### Lokale Risiken



Ranking nach Antwortanteil „Gesamtrisiko“ für Deutschland.  
Quelle: IW-Unternehmensbefragung

Bei lokalen Risiken rangieren Fachkräfte-Engpässe, Bürokratie/Compliance und Ausfall kritischer Infrastruktur mit Anteilswerten von durchweg über 80 Prozent bei der Gesamtrisikowahrnehmung ganz oben. Es folgt eine weitere Dreiergruppe mit Arbeitskosten (wo zugleich die meisten Firmen ein hohes Risiko erkennen), Unternehmensteuern und Energiekosten, Faktoren, bei denen zwischen 70 und 79 Prozent der deutschen Unternehmen im internationalen Vergleich Risiken sehen. Auffällig sind die Zunahmen im Vergleich zum Vorjahr bei den Themen Energiekosten (die Abfrage erfolgte schon vor dem Iran-Krieg!), Fachkräfte-Engpässe und Ausfall kritischer Infrastruktur. Etwas zurückgegangen ist das Gesamtrisiko bei Klima-/Umweltpolitik, Unternehmensteuern oder Finanzierungsbedingungen, doch auch hier sieht immer noch die Hälfte aller deutschen Unternehmen Risiken.

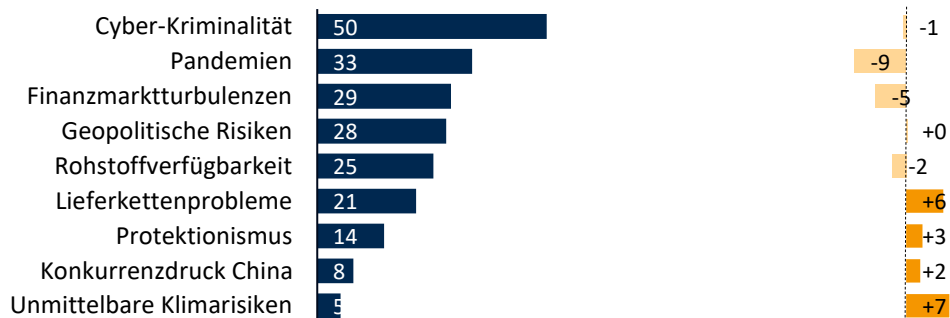
Abbildung 2 vergleicht die Wahrnehmung hoher Risiken in Deutschland und Bayern. Bei den globalen Risiken sind die Unterschiede recht gering.

Abbildung 2

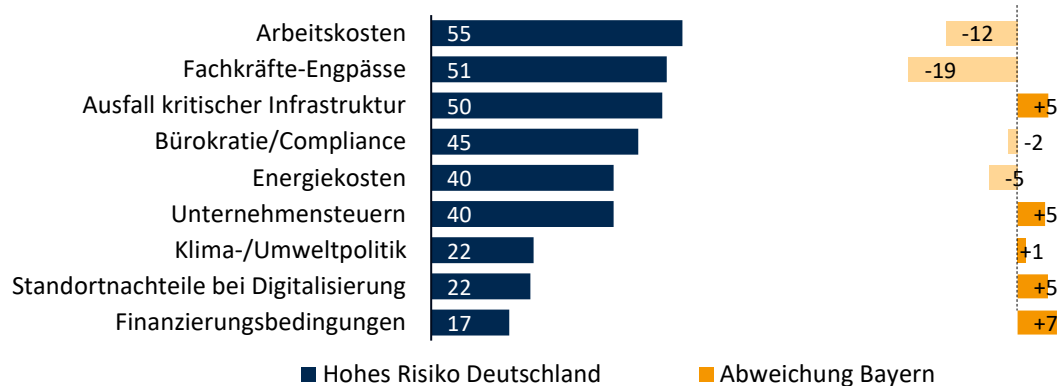
Vergleich hohe Risikoeinschätzung Deutschland und Bayern

Anteil Antworten „hohes Risiko“ in Prozent. Abweichung Bayern in Prozentpunkten.

**Globale Risiken**



**Lokale Risiken**



Ranking nach Antwortanteil „hohes Risiko“ für Deutschland.  
Quelle: IW-Unternehmensbefragung

Allerdings werden die Faktoren unmittelbare Klimarisiken sowie Lieferkettenprobleme in Bayern spürbar schärfer empfunden. Bei Pandemien und Finanzmarkturbulenzen ist es andersherum. Bei den lokalen Risiken weichen die Einschätzungen bezüglich als hoch wahrgenommener Risiken zwischen Deutschland und Bayern stellenweise deutlich ab. So sehen beim Thema Arbeitskosten 55 Prozent der deutschen Unternehmen ein hohes Risiko, während es in Bayern zwölf Prozentpunkte darunter liegt. Beim Thema Fachkräfte-Engpässe beträgt die Abweichung sogar 19 Prozentpunkte. Kritischer sehen die bayerischen Unternehmen das Thema Finanzierungsbedingungen, Unternehmensteuern oder Ausfall kritischer Infrastruktur. 55 Prozent sehen besonders beim Ausfall der kritischen Infrastruktur ein hohes Risiko.

Im Durchschnitt bewerten die deutschen und bayerischen Unternehmen die 18 Risikofaktoren ähnlich. Dabei schätzen sie die lokalen Risiken deutlich höher ein als die globalen. Sechs von neun lokalen Faktoren werden in Deutschland von mehr als 40 Prozent der Firmen als hohes Risiko wahrgenommen. Bei den globalen Risiken trifft das nur auf den Risikofaktor Cyber-Kriminalität zu. Das ist ein Indiz dafür, dass heimische Unternehmen durch die in den vergangenen Jahren erodierenden Standortbedingungen deutlich an Wettbewerbsfähigkeit eingebüßt haben.

### 3.2 Zeitvergleich (hohes Risiko)

Die diesjährige Studie lässt sich aufgrund einiger Abweichungen im Fragenkatalog nur bedingt mit vor dem Jahr 2025 erstellten vbw-Risikostudien vergleichen. Doch schon die Veränderungen gegenüber dem vergangenen Jahr (Abbildung 3) sind aufschlussreich.

Im Durchschnitt hat die Wahrnehmung hoher Risiken im Vorjahresvergleich klar zugenommen. Bei lediglich sieben von 18 Risikofaktoren gibt es einen leichten Rückgang. In gleichem Maße für Deutschland und Bayern gilt das nur für drei Faktoren: Bürokratie/Compliance, Klima-/Umweltpolitik und Rohstoffverfügbarkeit. Augenscheinlich hat sich beim Bürokratiethema eine gewisse Hoffnung auf Reformen eingestellt, unter anderem wohl durch die Omnibus-Gesetzgebungen auf europäischer Ebene sowie die Einrichtung des neuen Bundesministeriums für Digitales und zur Modernisierung des Staatswesens.

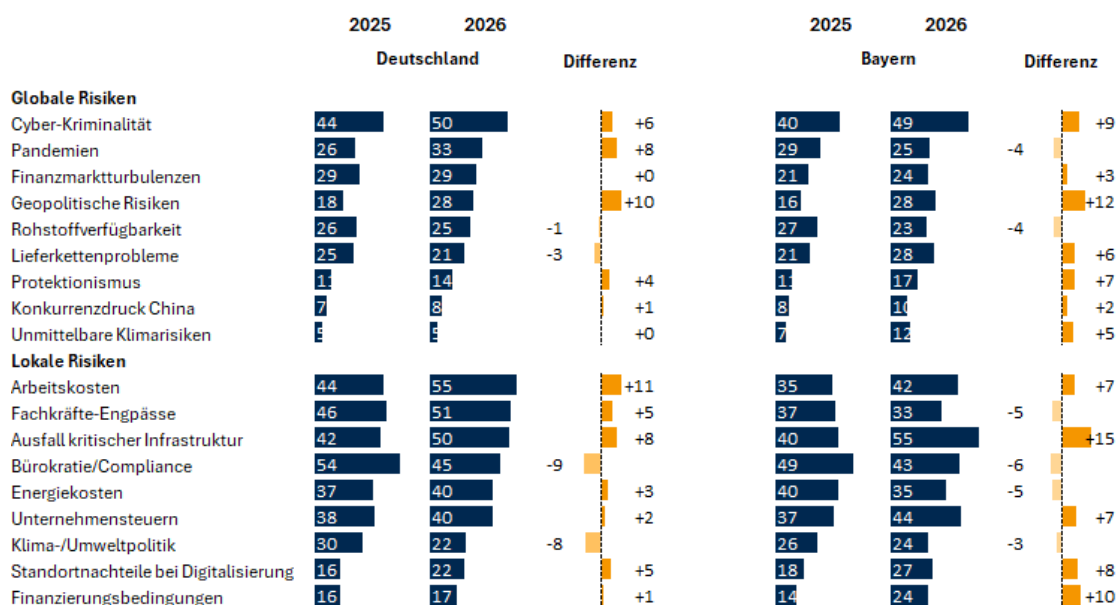
Deutlich gestiegen ist die Risikowahrnehmung bei geopolitischen Risiken. In Bayern stiegen die Anteilswerte um zwölf Prozentpunkte auf den seit 2021 höchsten Wert von 28 Prozent der Unternehmen, die hier ein hohes Risiko sehen. In Deutschland nahm die Risikoeinschätzung um zehn Prozentpunkte auf dasselbe hohe Niveau zu. Dahinter dürften vor allem die unberechenbare und regelbrechende Politik der US-Regierung liegen, sowie der abzeichnende Iran-Konflikt. Die massiven Zollerhöhungen der USA spiegeln sich auch beim Risikofaktor Protektionismus: Sowohl in Deutschland als auch in Bayern hat die Risikoeinschätzung um jeweils vier und sieben Prozentpunkte zugenommen. Dabei gilt es zu beachten, dass die Befragung 2025 noch vor den ersten massiven Zolleingriffen der USA stattfand.

Auch den Ausfall kritischer Infrastruktur schätzen in diesem Jahr mehr Unternehmen als hohes Risiko ein als im Vorjahr. In Deutschland zeigt sich ein Anstieg um acht Prozentpunkte auf den bisher höchsten gemessenen Anteil von 50 Prozent. In Bayern steigt der Wert sogar sprunghaft um 15 Prozentpunkte auf 55 Prozent. Das ist ein Höchststand seit 2021, nochmal deutlich höher als die 46 Prozent aus dem Jahr 2022, das nach dem Beginn des russischen Angriffskriegs von Sorgen vor Gas- und Stromknappheit geprägt war. Eine Erklärung dürften zunehmende Sabotageakte und Ausspähaktionen durch Drohnen sein, ebenso wie vermehrte öffentliche Warnungen an die Bevölkerung, für Ausfälle kritischer Infrastruktur vorzusorgen.

Abbildung 3

### Risikoeinschätzung Deutschland und Bayern im Zeitvergleich

Anteil Antworten „hohes Risiko“ in Prozent, Differenz zum Vorjahr in Prozentpunkten.



Ranking nach Antwortanteil „hohes Risiko“ für Deutschland.

Quelle: IW-Unternehmensbefragung

In Deutschland wie in Bayern zeigt sich ein deutlicher Anstieg der Risikoeinschätzung auch bei den Arbeitskosten, Pandemien und der Cyber-Kriminalität. Bei den Arbeitskosten spielen weiter steigende Abgabenbelastungen und der Mangel an Reformen bei den Sozialversicherungen eine Rolle. Etwas weniger bayerische als deutsche Firmen sehen hierin aber ein hohes Risiko – möglicherweise aufgrund einer hohen industriellen Produktivität in Bayern. Bei Fachkräfte-Engpässen stieg die Wahrnehmung als hohes Risiko in Deutschland, in Bayern sank sie dagegen gegenüber dem Vorjahr erneut von 37 auf 33 Prozent, nachdem im Jahr 2024 noch ein Höchststand von 47 Prozent zu verzeichnen war. Auch hier mag der in Bayern höhere Industrieanteil relevant sein, da in der Industrie Beschäftigung abgebaut wird und somit die Fachkräfte-Nachfrage sinkt. Allerdings könnte sich dies bei

anziehender Konjunktur wieder ändern, da strukturelle Probleme bei Demografie und Bildung anhalten.

### 3.3 Risikoeinschätzung und Gegenmaßnahmen

Neben der Risikowahrnehmung wurden die Unternehmen nach dem Ausmaß eigener Gegenmaßnahmen gefragt. Die Abbildungen 4 und 5 stellen für Deutschland und Bayern Risikoeinschätzung und Gegenmaßnahmen einander gegenüber. Die Summe aus Angaben für „hohes Risiko“ (orange Balken) und „Risiko“ (beige Balken) entspricht dem in Abbildung 1 dargestellten Gesamtrisiko. Bezogen auf Deutschland wäre es in den Abbildungen 1 und 4 beim Risikofaktor Cyber-Kriminalität beispielsweise ein Gesamtrisiko von 85 Prozent. Bei den Gegenmaßnahmen wird differenziert zwischen dauerhaften/strategischen (dunkelblaue Balken) und vorübergehenden Maßnahmen (hellblaue Balken). Damit geben diese beiden Abbildungen zugleich einen vollständigen Überblick über die gesamten Umfrageergebnisse zu Risikoeinschätzung und Gegenmaßnahmen.

#### Relation Gegenmaßnahmen zu Risikowahrnehmung

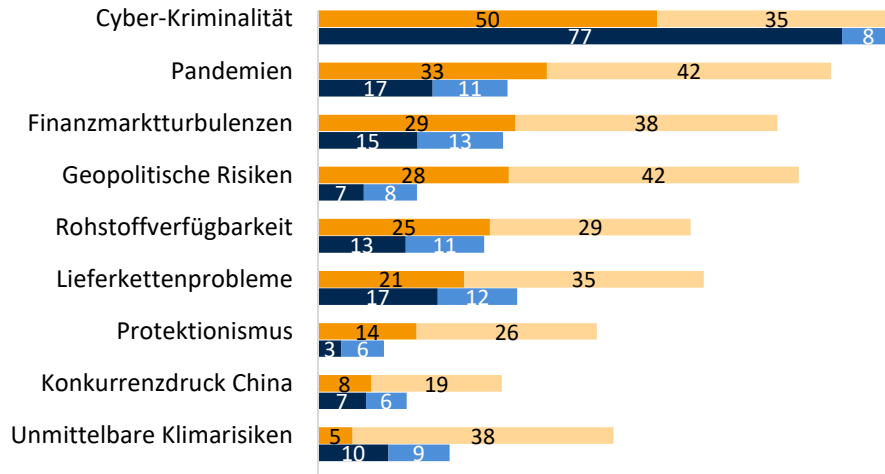
Zuerst geht es um die Gegenüberstellung von Risikowahrnehmung und Gegenmaßnahmen. Wenn die summierten Gegenmaßnahmen deutlich geringer ausfallen als die gesamte Risikowahrnehmung, drohen bei Eintritt des Risikos möglicherweise hohe Schäden. Daher wird der Fokus auf derartige Konstellationen gerichtet. Die Ursache für eine solche Divergenz kann entweder darin liegen, dass die Unternehmen noch nicht ausreichend vorgesorgt haben, oder darin, dass sie aufgrund des Risikocharakters nur eingeschränkt vorsorgen können. Im ersten Fall sind die Unternehmen gefordert. Im zweiten Fall sollte der Staat ordnungspolitisch verursachte Risiken abbauen beziehungsweise unternehmerische Risikovorsorge begleitend unterstützen.

Einigen Faktoren mit hoher Risikoeinschätzung stehen kaum strategische Gegenmaßnahmen gegenüber (Abbildung 4). Das gilt etwa für Protektionismus, Konkurrenzdruck aus China, geopolitische Risiken und unmittelbare Klimarisiken. Dabei handelt es sich um globale Risiken, denen Unternehmen nur begrenzt gegensteuern können. Hier liegt selbst der kombinierte Anteil von dauerhaften und vorübergehenden Maßnahmen unterhalb von 20 Prozent.

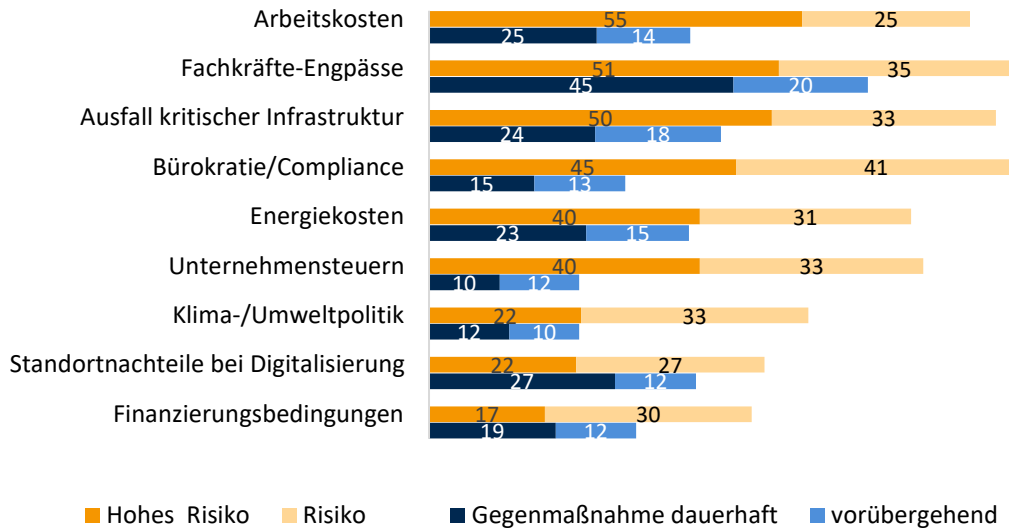
Abbildung 4  
Risikoeinschätzung und Gegenmaßnahmen – Deutschland

Anteil Antworten in Prozent.

**Globale Risiken**



**Lokale Risiken**



Ranking nach Antwortanteil „hohes Risiko“ für Deutschland; Gegenmaßnahmen dauerhaft: auch strategisch. Mögliche Risikobewertungen: hohes Risiko (Risiko hoch); geringes Risiko (Risiko); kein Risiko (Differenz zu 100, nicht dargestellt).

Quelle: IW-Unternehmensbefragung

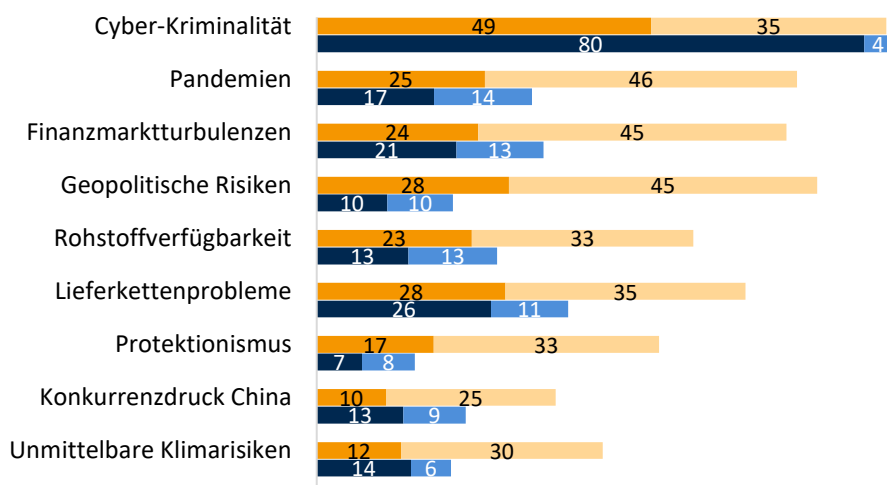
In Bayern (Abbildung 5) sieht das Verhältnis von Risiken und Gegenmaßnahmen ähnlich aus. Das belegt die eingeschränkte Fähigkeit von Unternehmen, adäquate Risikovorsorge

zu treffen. In Bayern liegen die Gegenmaßnahmen bei Unternehmensteuern, Klima-/Umweltpolitik sowie Bürokratie/Compliance etwas höher als im Rest Deutschlands.

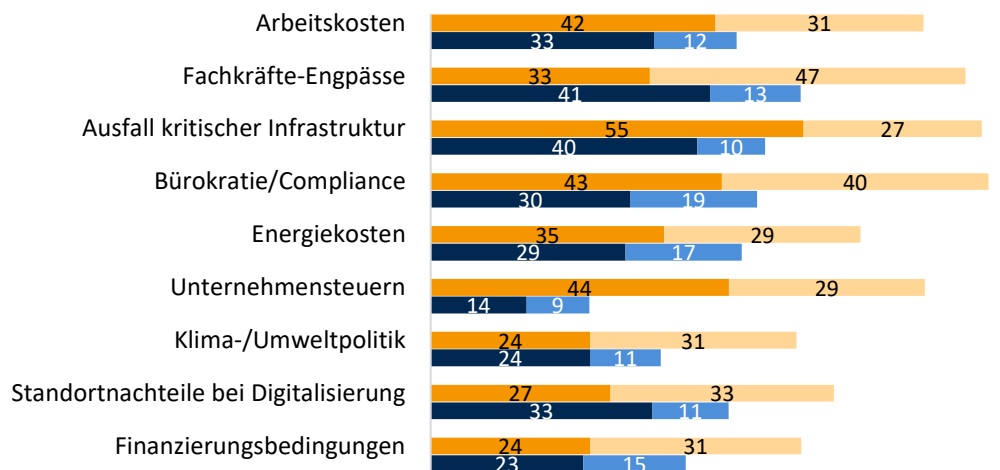
Abbildung 5  
Risikoeinschätzung und Gegenmaßnahmen – Bayern

Anteil Antworten in Prozent.

**Globale Risiken**



**Lokale Risiken**



■ Hohes Risiko ■ Risiko ■ Gegenmaßnahme dauerhaft ■ Gegenmaßnahme vorübergehend

Ranking nach Antwortanteil „hohes Risiko“ für Deutschland; Gegenmaßnahmen dauerhaft: auch strategisch. Mögliche Risikobewertungen: hohes Risiko (Risiko hoch); geringes Risiko (Risiko); kein Risiko (Differenz zu 100, nicht dargestellt).

Quelle: IW-Unternehmensbefragung

## Einschätzung Gesamtrisiko in Bayern

Abbildung 5 ermöglicht einen Blick auf die wichtigsten Gesamtrisiken in Bayern im Vergleich zu Deutschland. Die drei wichtigsten globalen und lokalen Risikofaktoren sind identisch, allerdings in leicht unterschiedlicher Reihenfolge. In Bayern führen bei den globalen Risiken Cyber-Kriminalität (84 Prozent), geopolitische Risiken (74 Prozent) und Pandemien (71 Prozent). Der Risikofaktor Finanzmarkturbulenzen folgt mit rund 69 Prozent. Bei standortbedingten Risiken führen aus Sicht der bayerischen Unternehmen Bürokratie/Compliance (83 Prozent), Ausfall kritischer Infrastruktur (82 Prozent) und Fachkräfte-Engpässe (79 Prozent). Unternehmensteuern rangieren als weiterer kostenrelevanter Risikofaktor mit 74 Prozent auf Platz vier.

## Fokus strategische Gegenmaßnahmen

Für die meisten Risiken haben die deutschen und die bayerischen Unternehmen gleich viel oder mehr dauerhafte/strategische als vorübergehende Gegenmaßnahmen ergriffen. Besonders auffällig ist die Relevanz der weitreichenden Maßnahmen beim Thema Cyber-Kriminalität, dem 77 Prozent der deutschen Unternehmen und 80 Prozent der bayerischen Unternehmen dauerhaft gegensteuern. Auch beim Thema Fachkräfte-Engpässe sorgen mit 45 Prozent knapp die Hälfte der deutschen Unternehmen dauerhaft vor. Bei Energiekosten, Ausfall kritischer Infrastruktur oder Standortnachteilen bei Digitalisierung versuchen ein Viertel aller deutschen Unternehmen, strategisch gegenzusteuern. In Bayern ist die Anzahl der Risikofaktoren noch deutlich höher, bei denen mindestens ein Viertel der Unternehmen dauerhafte/strategische Gegenmaßnahmen ergreift.

## Gesamtschau der Gegenmaßnahmen in Deutschland und Bayern im Zeitvergleich

Abbildung 6 vergleicht die Anteilswerte zu den Gegenmaßnahmen für Deutschland und Bayern und stellt für beide einen Vergleich zum Vorjahr dar. Dabei wurden die beiden Kategorien „dauerhafte/strategische“ und „vorübergehende“ Gegenmaßnahmen summiert. Da eine Zunahme der kumulierten Gegenmaßnahmen eine positive Entwicklung darstellt, verwendet die Abbildung dafür eine grüne Markierung.

Beim Vorjahresvergleich ist schnell erkennbar, dass sich vor allem bayerische Unternehmen besser vorbereiten. Bei zehn von 18 Risikofaktoren haben die Gegenmaßnahmen in Bayern zwischen 2025 und 2026 zugenommen. Dazu gehören vor allem die Faktoren Bürokratie/Compliance (plus 16 Prozentpunkte) und Konkurrenzdruck aus China (plus acht Prozentpunkte). Bei vier Themen ist der Anteil der bayerischen Unternehmen mit Gegenmaßnahmen gleichgeblieben, bei weiteren vier zeigt sich ein nur geringer Rückgang, darunter unmittelbare Klimarisiken und Fachkräfte-Engpässe. Beim Thema Fachkräfte-Engpässe könnte das mit einer abnehmenden Risikowahrnehmung zusammenhängen, was für die übrigen drei nicht gilt (Abbildung 3).

In Deutschland zeigt sich ein anderes Bild. Hier haben die Anteilswerte bei den kumulierten Gegenmaßnahmen bei 13 von 18 Risikofaktoren zumeist leicht abgenommen. Nur beim Risikofaktor Ausfall kritischer Infrastruktur zeigt sich ein nennenswerter Zuwachs (sechs Prozentpunkte). Deutlich abgenommen hat der Anteil der Unternehmen mit Gegenmaßnahmen beim Thema Bürokratie/Compliance (minus zwölf Prozentpunkte). Allerdings

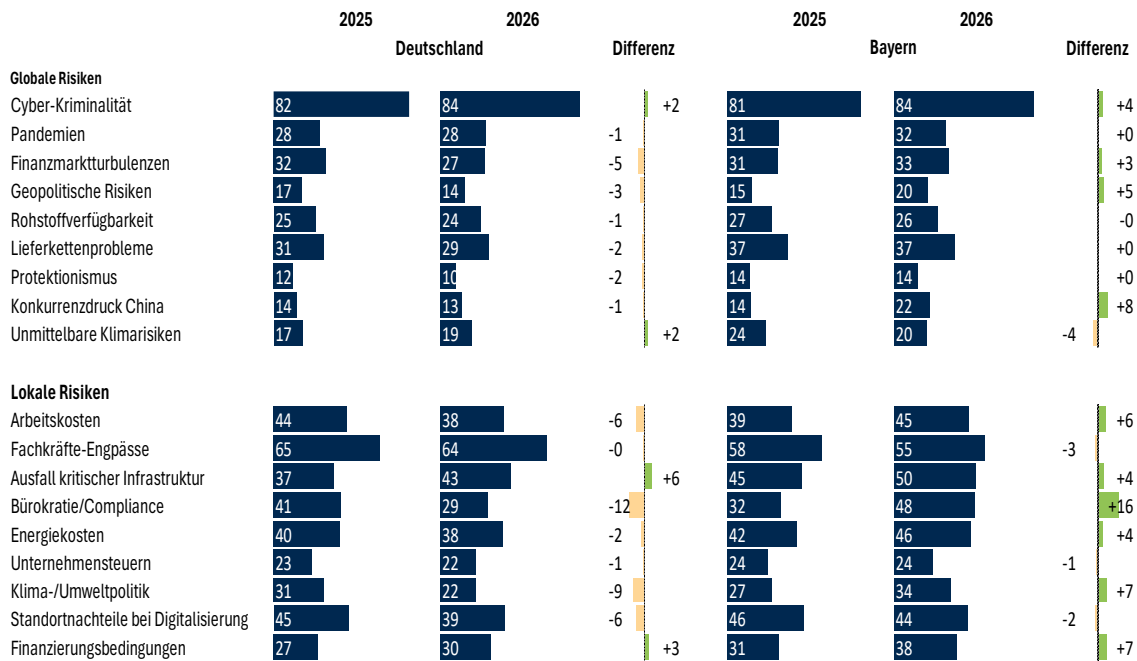
ist auch die Einschätzung eines hohen Risikos bei diesem Thema im Jahr 2026 im Vergleich zum Vorjahr deutlich gesunken (Abbildung 3).

Im Durchschnitt hat der Anteil der dauerhaften und vorübergehenden Maßnahmen in Bayern von 32 Prozent auf 37 Prozent zugenommen, während dieser Anteil in Deutschland von drei Prozent auf 32 Prozent leicht abgenommen hat. Kritisch zu sehen sind in Deutschland die Risikofaktoren Arbeitskosten und geopolitische Risiken. Hier hat die hohe Risikoeinschätzung im Vergleich zu 2025 um jeweils mehr als zehn Prozentpunkte zugenommen (Abbildung 3). Die summierten Gegenmaßnahmen aber haben um rund sechs bzw. drei Prozentpunkte abgenommen. In Bayern sehen wir diese Entwicklung bei nur ganz wenigen Risikofaktoren, beispielsweise beim Thema Standortnachteile bei Digitalisierung. Hier hat die hohe Risikoeinschätzung im Vergleich zu 2025 um acht Prozentpunkt auf 27 Prozent zugenommen, das Gesamtrisiko liegt bei 60 Prozent in diesem Jahr (Abbildung 5). Gleichzeitig bereiten sich mit 44 Prozent aber weniger bayerische Unternehmen in diesem Jahr darauf vor. Noch schwächer ist der summierte Anteil der Gegenmaßnahmen beim Thema unmittelbare Klimarisiken.

Abbildung 6

Gegenmaßnahmen für Deutschland und Bayern im Zeitvergleich

Summierter Anteil Antworten „dauerhafte und vorübergehende Gegenmaßnahmen“ in Prozent, Differenz Bayern zu Deutschland in Prozentpunkten.



Ranking nach Antwortanteil „hohes Risiko“ für Deutschland; grüne Einfärbungen bedeuten eine positive Entwicklung (Anstieg) bei den kumulierten Gegenmaßnahmen (dauerhaft plus vorübergehend).

Quelle: IW-Unternehmensbefragung

### 3.4 Vergleich der Unternehmenskategorien

Die Befragungsergebnisse lassen sich auch nach Unternehmensgröße, Internationalisierungsgrad und Branchenzugehörigkeit differenziert auswerten. Dabei zeigen sich signifikante Unterschiede. Zur besseren Übersicht wird dafür in Abbildung 7 eine vierfarbige Ampel-Darstellung gewählt. Dabei stellt die Warnfarbe Rot besonders hohe Anteilswerte dar, während die Farbe Grün für eine niedrige Risikoeinschätzung der Unternehmenstypen steht, wobei auch grün gekennzeichnete Werte ein relevantes Risiko darstellen können.

Abbildung 7  
Risikoeinschätzung Deutschland im Vergleich von Unternehmenskategorien

Anteil Antworten „hohes Risiko“ in Prozent.

Risikofaktoren	Großunternehmen	KMU	Stark internationalisiert	Nicht internationalisiert	VG	UDL
Durchschnitt Globale Risiken	31,3	23,7	28,2	21,9	26,7	23,1
Durchschnitt Lokale Risiken	43,9	37,8	38,7	36,7	38,1	37,8
<b>Globale Risiken</b>						
Cyber-Kriminalität	75,6	49,3	62,2	40,6	36,0	52,6
Pandemien	25,7	33,6	27,9	32,4	23,3	35,8
Finanzmarkturbulenzen	16,0	29,0	30,1	28,9	20,0	30,9
Geopolitische Risiken	34,8	27,8	27,3	26,0	34,9	26,3
Rohstoffverfügbarkeit	33,5	25,0	21,9	29,0	35,3	22,9
Lieferkettenprobleme	42,5	21,1	30,4	19,9	33,5	18,7
Protektionismus	20,9	14,4	32,4	10,4	21,5	12,9
Konkurrenzdruck China	20,9	7,7	17,2	4,6	28,3	3,2
Unmittelbare Klimarisiken	11,5	5,0	4,3	5,1	7,6	4,5
<b>Lokale Risiken</b>						
Arbeitskosten	67,1	54,4	55,8	53,6	48,2	56,0
Fachkräfte-Engpässe	52,8	51,1	41,6	53,1	45,2	52,5
Ausfall kritischer Infrastruktur	49,7	50,1	58,3	45,3	40,9	52,2
Bürokratie/Compliance	61,3	44,7	43,7	43,0	56,4	42,4
Energiekosten	53,9	39,4	43,7	38,5	45,1	38,4
Unternehmensteuern	34,0	39,6	42,4	34,3	50,4	37,2
Klima-/Umweltpolitik	37,0	22,1	17,4	24,9	29,9	20,5
Standortnachteile bei Digitalisierung	24,7	21,5	22,3	20,4	16,6	22,6
Finanzierungsbedingungen	14,8	17,0	22,6	16,8	10,4	18,4

● über 40 Prozent ● von 30 bis 40 Prozent ● von 20 bis 30 Prozent ● unter 20 Prozent

Ranking nach Antwortanteil „hohes Risiko“ für Deutschland; Großunternehmen: mehr als 250 Beschäftigte; kleine und mittlere Unternehmen (KMU): weniger als 250 Beschäftigte; stark internationalisiert: auch außerhalb der EU tätig. Zu den unternehmensnahen Dienstleistern (UDL) werden Branchen gezählt, die überwiegend für Unternehmen tätig sind (u. a. Logistik, Großhandel, IKT-Dienstleister etc.).  
Quelle: IW-Unternehmensbefragung

Abbildung 7 verdeutlicht für Deutschland, dass bei wichtigen lokalen Faktoren alle sechs Unternehmenskategorien ein hohes Risiko sehen. So liegen bei Arbeitskosten, Fachkräfte-Engpässen, Ausfall kritischer Infrastruktur und Bürokratie/Compliance die Anteilswerte durchweg im roten Bereich. Das ist problematisch, da alle Unternehmen unabhängig von Größe, Internationalisierungsgrad und Branche gleichermaßen von erodierenden

Standortbedingungen betroffen sind. Auch in der Durchschnittsbetrachtung (im oberen Bereich in der Abbildung) werden lokale Risiken gravierender als globale Risiken eingeschätzt.

### **Unternehmensgröße**

Wie in den Vorjahren zeigen sich die Großunternehmen in Deutschland sowohl bei den globalen wie bei den lokalen Risiken am sensibelsten für Risiken. Im Vergleich zu KMU schätzen die Großunternehmen fast alle Risikofaktoren höher ein. Ausnahmen sind lediglich Pandemien, Finanzmarkturbulenzen oder Unternehmensteuern.

### **Internationalisierungsgrad**

Eine nach dem Internationalisierungsgrad differenzierte Betrachtung zeigt erneut die durchgängige Relevanz der Standortproblematik. So sehen die stark internationalisierten Unternehmen in Deutschland lokale Faktoren mit rund 39 Prozent im Durchschnitt ähnlich kritisch wie die nicht-internationalisierten Unternehmen mit rund 37 Prozent. Bei den Standort-Themen ist eine rote Einfärbung bei den stark internationalisierten Unternehmen bei sechs von neun Risikofaktoren zu erkennen, bei der zweiten Gruppe immerhin noch bei vier Risikofaktoren. Eine grüne Einfärbung kommt jeweils nur einmal vor.

Deutliche Abweichungen in der Risikoeinschätzung ergeben sich beim Thema Fachkräfte-Engpässe, die von den nicht-internationalisierten Unternehmen mit 53 Prozent deutlich kritischer eingeschätzt werden. Diese greifen in der Regel auf einen kleineren Pool an verfügbaren Fachkräften zurück. Umgekehrt verhält es sich beim Ausfall kritischer Infrastruktur. Hier zeigen sich die stark internationalisierten Unternehmen mit 58 Prozent deutlich risikosensibler. Naturgemäß schätzen die stark internationalisierten Unternehmen auch die globalen Risiken deutlich häufiger kritisch ein als nicht internationalisierte Unternehmen. Das gilt besonders für die Faktoren Cyber-Kriminalität (62 versus 41 Prozent) sowie für Protektionismus (32 versus zehn Prozent) und Lieferkettenprobleme (34 versus 20 Prozent).

### **Branche**

Beim Vergleich des Verarbeitenden Gewerbes (VG) mit unternehmensnahen Dienstleistern (UDL) in Deutschland lassen sich – wie im Vorjahr – einige signifikante und die jeweiligen Gruppen prägenden Aspekte identifizieren. Mit über 56 Prozent bewertet das Verarbeitende Gewerbe Risiken bei Standortthemen Bürokratie/Compliance besonders häufig als hoch. Gleiches gilt für den Faktor Unternehmensteuern (über 50 Prozent). Bei den globalen Risiken schätzen die verarbeitenden Unternehmen besonders geopolitische Risiken, Rohstoffverfügbarkeit und Lieferkettenprobleme kritischer ein (Hochrisiko-Werte über einem Drittel). Beim Konkurrenzdruck aus China werden 28 Prozent erreicht, hier zeigt sich der größte Unterschied zu unternehmensnahen Dienstleistern. Umgekehrt sind unternehmensnahe Dienstleister bei Cyber-Kriminalität (53 Prozent), Arbeitskosten (56 Prozent) oder beim Ausfall kritischer Infrastruktur (rund 52 Prozent) deutlich risikosensibler als das Verarbeitende Gewerbe.

## 4 Standort- und Investitionsentscheidungen

### Einfluss der Risikofaktoren in Bayern nähert sich Bundesdurchschnitt an

Angesichts fortschreitender Deindustrialisierung, Insolvenzwellen und der Gefahr weiterer Abwanderung aus Deutschland wurde in diesem Jahr erneut gefragt, ob die einzelnen Risikofaktoren Standort- oder Investitionsrelevanz haben. Den Unternehmen, die mit „ja“ oder „eher ja“ darauf antworteten, wurden folgende weitere Fragen gestellt:

- (a) Wird dadurch Ihr Geschäftsmodell oder wichtige Teile davon infrage gestellt?
- (b) Werden dadurch bei Ihnen Erweiterungs- oder Ersatzinvestitionen gehemmt?
- (c) Verlagern Sie deshalb Ihre Produktion ins Ausland?

Diese Aspekte sind also Unterkategorien der Frage zur Standort- bzw. Investitionsrelevanz. Die folgenden Abbildungen stellen jeweils die Antwortanteile an allen Unternehmen dar, beziehen sich also immer auf die Grundgesamtheit der Befragung und nicht nur auf Unternehmen, die im jeweiligen Risiko Standort- und Investitionsrelevanz sehen.

#### Hinweis zur Interpretation

---

Bei der Interpretation dieser Ergebnisse muss zwischen Standort- und Unternehmenssicht unterschieden werden. Unternehmen können sich bei einer Gefährdung ihres Geschäftsmodells sowohl durch Innovationen als auch durch Auslandsverlagerung neue Chancen erschließen. Aus Standortperspektive fördern Innovationen die Wettbewerbsfähigkeit der eigenen Volkswirtschaft. Bei Auslandsverlagerungen hingegen gehen Investitionen und Wertschöpfung verloren und die Beschäftigungsbasis erodiert. Investitionshemmnisse sind dagegen sowohl für die Unternehmen selbst als auch für den Standort problematisch.

---

### 4.1 Einfluss der Risikofaktoren in Deutschland und Bayern

Besondere Standort- und Investitionsrelevanz haben Fachkräfte-Engpässe mit einem Anteil von 39 Prozent der deutschen Unternehmen (Abbildung 8). Auch weitere lokale Risikofaktoren mit Kostenrelevanz schneiden hier schlecht ab: Weit mehr als ein Drittel der befragten deutschen Unternehmen sehen bei den Arbeits- und Energiekosten einen Einfluss auf Standort- und Investitionsentscheidungen. Bei den Faktoren Bürokratie/Compliance sowie Klima-/Umweltpolitik konstatieren deutschlandweit 29 Prozent der Unternehmen einen solchen Einfluss. Bei Unternehmensteuern sind es noch 27 Prozent aller deutschen Unternehmen. Besonders stark zugenommen hat der Einfluss auf Standort- und Investitionsrelevanz bei den Themen Fachkräfte-Engpässe und Arbeitskosten.

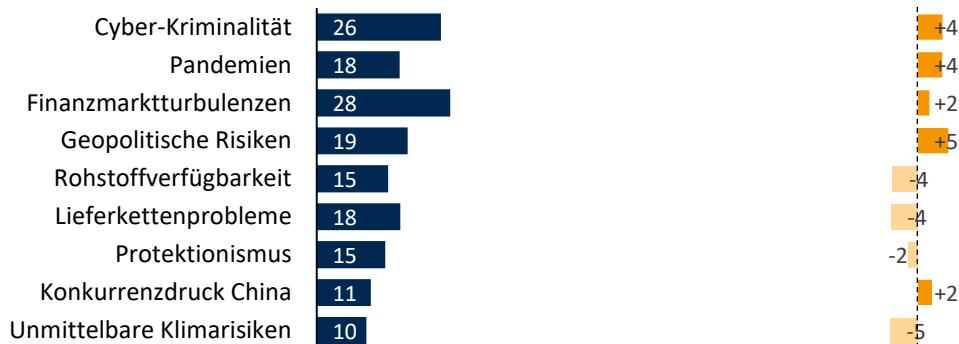
Bei den globalen Risiken sind die Antwortanteile mit Blick auf die Standort- und Investitionsrelevanz durchweg niedriger als bei den lokalen Risiken. Die höchsten Anteile entfallen hier auf die Finanzmarkturbulenzen (28 Prozent) und die Cyber-Kriminalität (26 Prozent). Die größten Zuwächse bei der Standort- und Investitionsrelevanz finden sich im Vorjahresvergleich bei den Themen geopolitische Risiken, Cyber-Kriminalität oder Pandemien. Andere Faktoren haben etwas an Relevanz verloren, etwa unmittelbare Klimarisiken oder Standortnachteile bei Digitalisierung. Somit wird der Einfluss der 18 Risikofaktoren im Durchschnitt ähnlich bewertet wie im Vorjahr.

Abbildung 8

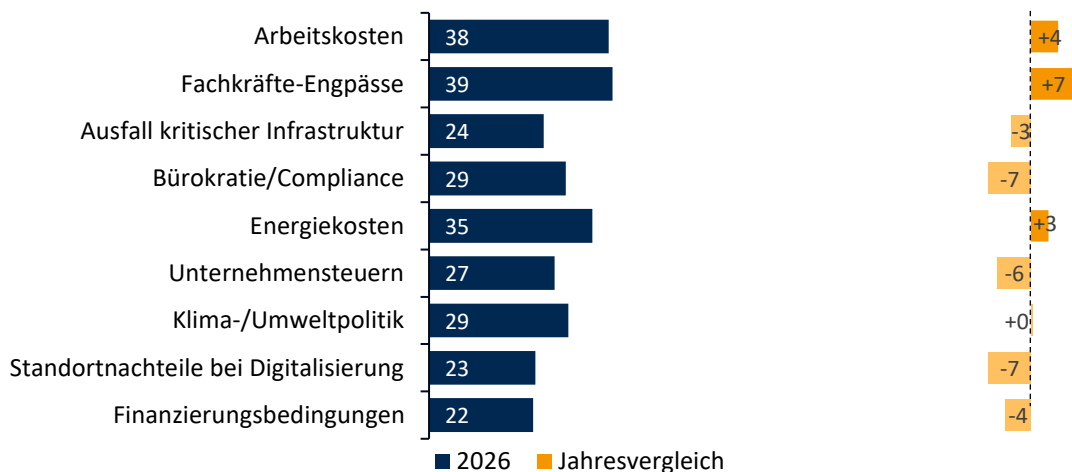
### Einfluss der Risikofaktoren auf Standort- und Investitionsentscheidungen Deutschland: Ergebnisse 2026 und Vorjahresvergleich

Anteil Antworten in Prozent. Differenz zum Vorjahr in Prozentpunkten.

#### Globale Risiken



#### Lokale Risiken



Ranking nach Antwortanteil „Hohes Risiko“ für Deutschland.

Quelle: IW-Unternehmensbefragung

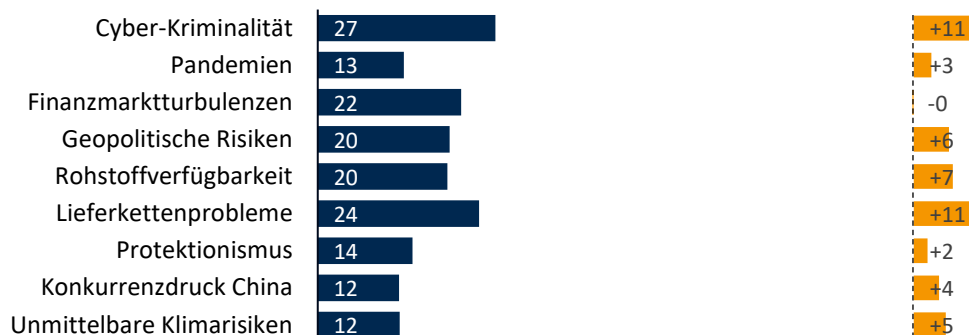
Abbildung 9 stellt den Einfluss der globalen und lokalen Risikofaktoren auf die Standort- und Investitionsentscheidungen der bayerischen Unternehmen dar und vergleicht ebenfalls die diesjährigen Ergebnisse mit dem Vorjahr.

Abbildung 9

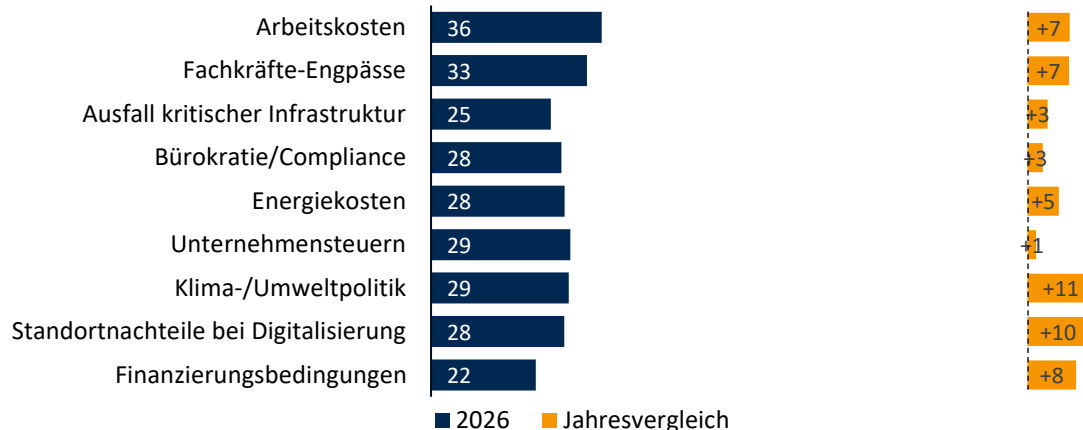
### Einfluss der Risikofaktoren auf Standort- und Investitionsentscheidungen Bayern: Ergebnisse 2026 und Vorjahresvergleich

Anteil Antworten in Prozent. Differenz zum Vorjahr in Prozentpunkten.

#### Globale Risiken



#### Lokale Risiken



Ranking nach Antwortanteil „Hohes Risiko“ für Deutschland.

Quelle: IW-Unternehmensbefragung

Ähnlich wie in Deutschland insgesamt haben auch in Bayern die lokalen Risiken im Durchschnitt höhere Antwortanteile als die globalen Risiken. Auffällig ist, dass im Vergleich mit Deutschland der Einfluss auf die Standort- und Investitionsrelevanz für 17 von 18 Risikofaktoren – also fast durchweg – zugenommen hat. Einzige Ausnahme ist das Thema Finanzmarkturbulenzen.

Deutlich kritischer als noch im Vorjahr sehen die bayerischen Unternehmen bei den globalen Risiken die Cyber-Kriminalität, Lieferkettenprobleme und Rohstoffverfügbarkeit sowie geopolitische Risiken. Bei den lokalen Risiken stechen die Themen Klima-/Umweltpolitik, Standortnachteile bei Digitalisierung oder Finanzierungsbedingungen mit den größten Zunahmen der Antwortanteile hervor. Aber auch bei den Themen Arbeitskosten oder Fachkräfte-Engpässe sehen wir einen deutlich gestiegenen Einfluss, sodass jeweils 36 Prozent beziehungsweise 33 Prozent der Unternehmen hier aktuell eine Standort- und Investitionsrelevanz sehen. Damit sind dies die beiden Risikofaktoren mit der größten Relevanz, gefolgt von einer Reihe von Faktoren mit ebenfalls hohen Anteilen zwischen 28 und 29 Prozent.

## 4.2 Unterkategorien der Standort- bzw. Investitionsrelevanz

Abbildung 10 zeigt die Ergebnisse für die drei Unterkategorien Geschäftsmodell, Investitionshemmnis und Auslandsverlagerung in Deutschland. Dabei wird mittels der Pfeilrichtung auch der Vorjahresvergleich einbezogen: Eine Zunahme (Abnahme) wird mit einem nach oben (unten) gerichteten Pfeil dargestellt. Der Bindestrich stellt eine unveränderte Einschätzung dar. Die Zahlen beziehen sich auf die Anteilswerte im Jahr 2026.

In der Gesamtschau ähneln sich die Antwortanteile zur Relevanz für das Geschäftsmodell und als Investitionshemmnis weitgehend. Das ist besorgniserregend, denn bei Gefährdung des Geschäftsmodells sind oft Investitionen erforderlich, um Probleme über Anpassungen und Innovationen zu überwinden. Wenn der entsprechende Risikofaktor auch als hohes Investitionshemmnis gesehen wird, gelingt die Anpassung möglicherweise nicht – und die Risikowirkungen lassen sich kaum noch mindern.

So sehen beispielsweise jeweils 26 Prozent aller deutschen Unternehmen beim Thema Arbeitskosten das Geschäftsmodell beeinflusst und mehr als 28 Prozent sagen, dass es ein Investitionshemmnis darstellt. Damit überrascht es wenig, dass sich hier rund sieben Prozent der deutschen Unternehmen mit Verlagerung auseinandersetzen. Für alle drei Unterkategorien sind die Antwortanteile im Vergleich zum Vorjahr deutlich angestiegen, was die besondere Standortrelevanz der Arbeitskosten nochmals deutlich macht.

Darüber hinaus sind Anteilswerte von über oder annähernd 20 Prozent zugleich bei den beiden Aspekten Geschäftsmodell und Investitionshemmnis auch bei den Faktoren Fachkräfte-Engpässe und Energiekosten sowie bei Bürokratie/Compliance und Unternehmenssteuern zu erkennen. Bei der Auslandsverlagerung sind die Antwortanteile bei diesen vier Faktoren zwar etwas geringer als bei den Arbeitskosten, aber immer noch relativ hoch. Zudem steigt bei allen vier Faktoren im Vorjahresvergleich die Relevanz mit Blick auf die Aspekte Geschäftsmodell und Investitionshemmnis. Das ist keine gute Entwicklung.

Generell steigt bei den meisten Risikofaktoren im Vorjahresvergleich der Einfluss auf Geschäftsmodell und Investitionen. Herauszuheben sind neben den Arbeitskosten hier Finanzmarkturbulenzen und geopolitische Risiken, die jeweils um sieben Prozentpunkte stärker auf das Geschäftsmodell durchschlagen. Eine niedrigere Relevanz-Einschätzung

zeigt sich nur beim Risikofaktor Konkurrenzdruck aus China. Beim Thema Standortnachteile bei Digitalisierung haben die Unterkategorien Investitionshemmnis und Auslandsverlagerung etwas abgenommen.

Abbildung 10

### Einfluss der Risikofaktoren auf Standort- und Investitionsentscheidungen Deutschland: Überblick über Unterkategorien

Anteil Antworten in Prozent.

	Geschäftsmodell	Investitionshemmnis	Auslandsverlagerung
<b>Globale Risiken</b>			
Cyber-Kriminalität	↗ 13,9	↗ 7,4	→ 0,9
Pandemien	↗ 10,1	↗ 8,8	↘ 2,0
Finanzmarkturbulenzen	↗ 16,4	↗ 16,0	↗ 3,3
Geopolitische Risiken	↗ 10,7	→ 7,9	↗ 3,0
Rohstoffverfügbarkeit	↗ 11,2	↗ 10,0	↗ 1,8
Lieferkettenprobleme	↗ 11,6	↗ 9,9	↘ 1,1
Protektionismus	↗ 4,7	↗ 5,3	↘ 0,8
Konkurrenzdruck China	↘ 3,5	↘ 2,4	→ 0,8
Unmittelbare Klimarisiken	→ 1,6	→ 1,4	→ 0,3
<b>Lokale Risiken</b>			
Arbeitskosten	↗ 26,3	↗ 28,1	↗ 6,9
Fachkräfte-Engpässe	↗ 25,0	↗ 22,5	↘ 4,1
Ausfall kritischer Infrastruktur	→ 17,5	→ 11,7	→ 3,0
Bürokratie/Compliance	↗ 20,1	↗ 17,9	↘ 4,7
Energiekosten	↗ 23,3	↗ 20,3	→ 5,1
Unternehmensteuern	↗ 20,1	↗ 18,8	→ 6,1
Klima-/Umweltpolitik	↗ 14,3	↗ 18,2	→ 4,8
Standortnachteile bei Digitalisierung	→ 8,9	↘ 10,2	↘ 2,9
Finanzierungsbedingungen	↗ 10,1	↗ 13,6	↘ 1,3

Im Vergleich zum Vorjahr ↗ höher ↘ geringer → gleichgeblieben

Kategorien Geschäftsmodell, Investitionshemmnis, Auslandsverlagerung sind Untergruppen der Kategorie Standort/Investition. Auch in den Untergruppen bezieht sich der Antwortanteil auf alle Unternehmen.  
Quelle: IW-Unternehmensbefragung

In Bayern (hier nicht dargestellt) gibt es hohe Anteilswerte sowohl beim Geschäftsmodell als auch bei der Unterkategorie Investitionshemmnis bei den Themen Arbeitskosten (28 Prozent / 26 Prozent), Fachkräfte-Engpässe (19 Prozent / 25 Prozent), Energiekosten (20 Prozent / 18 Prozent) sowie Bürokratie/Compliance (20 Prozent / 21 Prozent). Das sind allesamt lokale Risiken. Sie gehen einher mit hohen Anteilswerten bei der dritten Unterkategorie Auslandsverlagerung, die als Reaktion auf diese Risiken zwischen acht und neun Prozent aller bayerischen Unternehmen in Betracht ziehen.

### 4.3 Vergleich der Unternehmenskategorien

Die Differenzierung nach Unternehmenskategorien bei der Standort- und Investitionsrelevanz wird in Abbildung 11 für Deutschland dargestellt. Zur besseren Übersicht wird dafür, wie in Abbildung 7, eine Ampel-Darstellung gewählt. Dabei stellt die Warnfarbe Rot besonders hohe Anteilswerte dar, hier allerdings schon ab einem Anteilswert von über 30 Prozent, während die Farbe Grün dafür steht, dass nur ein geringer Teil der Unternehmen des jeweiligen Typs einen Einfluss sieht, hier unter zehn Prozent.

Abbildung 11

Einfluss der Risikofaktoren auf Standort- und Investitionsentscheidungen, Deutschland: Vergleich von Unternehmenskategorien

Anteil Antworten in Prozent.

Risikofaktoren	Großunternehmen	KMU	Stark internationalisiert	Nicht internationalisiert	VG	UDL
Durchschnitt Global	25,1	17,8	21,6	16,6	21,7	17,0
Durchschnitt Standort	39,5	29,3	33,2	26,1	32,2	28,8
<b>Globale Risiken</b>						
Cyber-Kriminalität	28,2	26,2	24,9	23,4	19,7	27,7
Pandemien	14,2	17,6	19,6	16,7	13,9	18,4
Finanzmarkturbulenzen	24,8	28,3	27,5	29,7	27,9	28,4
Geopolitische Risiken	21,3	19,2	28,4	17,3	22,4	18,6
Rohstoffverfügbarkeit	32,1	14,9	10,0	17,0	29,0	12,0
Lieferkettenprobleme	33,3	17,5	25,7	15,1	24,9	16,1
Protektionismus	26,5	14,4	24,2	12,8	19,5	13,4
Konkurrenzdruck China	22,2	11,4	18,4	9,2	25,0	8,5
Unmittelbare Klimarisiken	23,3	10,3	16,0	8,5	12,9	9,9
<b>Lokale Risiken</b>						
Arbeitskosten	53,8	37,8	37,7	35,4	47,4	35,9
Fachkräfte-Engpässe	48,7	38,7	34,3	40,9	34,0	39,9
Ausfall kritischer Infrastruktur	32,6	24,2	24,8	21,2	22,0	24,8
Bürokratie/Compliance	34,9	28,8	30,1	26,0	36,5	27,2
Energiekosten	49,5	34,4	44,0	31,8	38,4	33,7
Unternehmensteuern	34,3	26,5	37,9	20,9	36,7	24,3
Klima-/Umweltpolitik	40,2	29,3	34,2	27,4	32,3	28,8
Standortnachteile bei Digitalisierung	35,4	22,4	27,9	13,4	19,7	23,1
Finanzierungsbedingungen	26,0	22,0	27,7	17,6	22,6	21,9

● über 30 Prozent ● von 20 bis 30 Prozent ● von 10 bis 20 Prozent ● unter 10 Prozent

Ranking nach Antwortanteil „hohes Risiko“ für Deutschland; Großunternehmen: mehr als 250 Beschäftigte; kleine und mittlere Unternehmen (KMU): weniger als 250 Beschäftigte; stark internationalisiert: auch außerhalb der EU tätig. Zu den unternehmensnahen Dienstleistern (UDL) werden Branchen gezählt, die überwiegend für Unternehmen tätig sind (u. a. Logistik, Großhandel, IKT-Dienstleister etc.).

Quelle: IW-Unternehmensbefragung

In dieser Darstellung fallen einige Punkte besonders auf: Großunternehmen reagieren auf die Risikofaktoren auch mit Blick auf Standort- und Investitions-Entscheidungen am sensibelsten, vermutlich weil sie größere Erfahrung mit ausländischen Standorten haben und globale Risiken schneller mitbekommen. Deutlich höhere Anteilswerte als die anderen Unternehmenstypen sind bei den globalen Themen Rohstoffverfügbarkeit und Lieferketten erkennbar. Bei den lokalen Risiken liegen die Anteilswerte bei acht von neun Standortfaktoren oberhalb von 30 Prozent (rote Einfärbung). Auch andere Unternehmenstypen sehen einen deutlichen Einfluss der lokalen Risikofaktoren auf ihre Standort- und Investitionsentscheidungen. Das gilt vor allem für das Verarbeitende Gewerbe und die stark internationalisierten Unternehmen.

Beim Vergleich anhand des Internationalisierungsgrades fällt auf, dass die stark internationalisierten Unternehmen bei fast allen 18 Risikofaktoren einen größeren Einfluss auf ihre Standort- und Investitionsentscheidungen sehen als die nicht-internationalisierten Unternehmen. Ausnahmen sind nur die Themen Rohstoffverfügbarkeit, Finanzmarkturbulenzen und Fachkräfte-Engpässe. Das Verarbeitende Gewerbe und die unternehmensnahen Dienstleister in Deutschland schätzen die Standort- und Investitionsrelevanz lokaler Risiken teilweise ähnlich ein. Einen deutlich größeren Einfluss sehen die Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe allerdings bei Arbeitskosten, Unternehmensteuern oder Energiekosten. Standortnachteile bei Digitalisierung oder beim Ausfall kritischer Infrastruktur gewichten wiederum die unternehmensnahen Dienstleister etwas höher. Bei den globalen Risiken sieht das Verarbeitende Gewerbe vor allem bei den Faktoren Rohstoffverfügbarkeit, Lieferkettenengpässe und Konkurrenzdruck aus China deutlich größere Standortrelevanz.

Über alle Unternehmenstypen hinweg gibt es lediglich drei Risikofaktoren, bei denen nur zehn Prozent oder weniger der deutschen Unternehmen der jeweiligen Kategorie einen Einfluss auf Standort- und Investitionsentscheidungen sehen (grüne Markierung). Das ist sicherlich auch durch typische Geschäftsmodelle geprägt, beispielsweise mit Blick auf unternehmensnahe Dienstleister.

## Literaturverzeichnis

---

**Fröndhoff, Bert / Müller, Anja (2025)**

Mittelstand fürchtet um globale Stärke, <https://www.handelsblatt.com/unternehmen/mittelstand/industrie-mittelstand-fuerchtet-um-globale-staerke/100175781.html>, abgerufen am 10.03.2026

**Hüther, Michael / Obst, Thomas (2025)**

Makroökonomische Auswirkungen der Zeitenwende 2.0, IW-Kurzbericht, Nr. 23, Köln / Berlin: Institut der deutschen Wirtschaft

**Hüther, Michael / Obst, Thomas / Pimpertz, Jochen (2025)**

Steigende Sozialversicherungsbeiträge belasten die Wettbewerbsfähigkeit. Investitionen und Wirtschaftswachstum mobilisieren statt belasten, IW-Policy Paper, Nr. 3, Köln / Berlin: Institut der deutschen Wirtschaft

**Obst, Thomas / Kolev-Schaefer, Galina (2025)**

Weltwirtschaft: trügerische Stabilität, IW-Report, Nr. 65, Berlin / Köln: Institut der deutschen Wirtschaft

**Obst, Thomas / Röhl, Klaus-Heiner (2025)**

Unternehmensinsolvenzen steigen kräftig. Grund zur Sorge oder Normalisierung nach Pandemie Jahren?, IW-Report, Nr. 13, Berlin: Institut der deutschen Wirtschaft

**Sultan, Samina (2026)**

Ein Jahr Trump 2.0: Bittere Bilanz, IW-Kurzbericht Nr. 2, Köln: Institut der deutschen Wirtschaft

**vbw (2025)**

Internationale Risiken für Unternehmen, München

**World Economic Forum (2026)**

The Global Risks Report 2026. World Economic Forum, 21st Edition, Insight Report, Cologny (Schweiz)

## Ansprechpartner/Impressum

---

### Dr. Benedikt Rüchardt

Abteilung Wirtschaftspolitik

Telefon 089-551 78-252  
[benedikt.ruechardt@vbw-bayern.de](mailto:benedikt.ruechardt@vbw-bayern.de)

### Christine Völzow

Geschäftsführerin und Leiterin der Abteilung Wirtschaftspolitik

Telefon 089-551 78-151  
[christine.voelzow@vbw-bayern.de](mailto:christine.voelzow@vbw-bayern.de)

## Impressum

Alle Angaben dieser Publikation beziehen sich ohne jede Diskriminierungsabsicht grundsätzlich auf alle Geschlechter.

### Herausgeber

**vbw**

Vereinigung der Bayerischen  
Wirtschaft e. V.

Max-Joseph-Straße 5  
80333 München

[www.vbw-bayern.de](http://www.vbw-bayern.de)

### Weitere Beteiligte

Institut der deutschen Wirtschaft

**Dr. Thomas Obst**

Telefon 030-27877-135  
[obst@iwkoeln.de](mailto:obst@iwkoeln.de)

**Jürgen Matthes**

Telefon 0221-4981-754  
[matthes@iwkoeln.de](mailto:matthes@iwkoeln.de)

**Edgar Schmitz**

Telefon 0221-4981-733  
[schmitz@iwkoeln.de](mailto:schmitz@iwkoeln.de)